

Idylle am Bach?

BUND: Tempo zulegen bei Gewässerentwicklung

In der kommenden Legislaturperiode der Kommunalparlamente müssten Bürgermeister und Ratsmitglieder Tempo zulegen, um die Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) bis zum angepeilten Jahr 2015 zu erfüllen, erklärt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) jetzt im Vorfeld der Kommunalwahlen. „Ehrgeiziges Ziel dieses Ordnungsrahmens für eine Gewässerpolitik ist es, alle Gewässer Europas in einen gesunden Zustand zu versetzen. Als Kriterien dafür gelten eine intakte Flora und Fauna sowie eine geringe Nährstoffbelastung durch Düngung und Kläranlagen.“ Auch die Struktur würde berücksichtigt: Naturfremde Verbauungen, Abstürze, oder Begradigungen müssten zurückgeführt werden. Die Richtlinie schließe Auenbereiche und Wassereinzugsgebiete in die Betrachtung mit ein. Erstmals würde auch die Wechselwirkung zwischen Grund- und Oberflächenwasser erfasst.

„Klopfen Sie die zur Wahl stehenden Kandidaten auf ihre Einstellung zum Gewässerschutz ab“, empfiehlt Dr. Harald Schwentker, Vorsitzender der BUND Kreisgruppe Bad Dürkheim. „Die vor uns liegenden Aufgaben erfordern ein koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten, damit die ‚idyllische Bach nahe der Haustür‘ keine Utopie bleibt.“ Da die EU-Wasserrahmenrichtlinie sowieso eine frühzeitige und umfassende Information und Anhörung der Öffentlichkeit vorschreibe, regt der BUND für jede Gemeinde die Einrichtung eines runden Tisches an zur Abstimmung zwischen allen Betroffenen. „Je eindeutiger die Verantwortlichkeiten geregelt sind und je anschaulicher die zu bewältigenden Aufgaben dargestellt werden, umso größer ist die Bereitschaft zur Zusammenarbeit.“

Nach einer Bestandsaufnahme des Landes sind ungefähr 50% der Gewässer in Rheinland-Pfalz betroffen, recherchierte der BUND. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) hätte im Jahre 2008 den unterhaltungspflichtigen Kommunen Entwürfe für eine Sanierung vorgelegt. „Allerdings sind in diesen Vorplanungen keine detaillierten Maßnahmen enthalten – die Details bleiben den Planern vor Ort vorbehalten.“ Sinnvolle Maßnahmen würden bis zu 90% vom Land finanziell unterstützt.

Damit sich die Gewässer endlich wieder freier entwickeln können, solle man Wehre und andere Abstürze ebenso wie Sohl- und Uferbefestigungen, wo immer möglich, entfernen, fordern die Naturschützer. Dies sei ein Schwerpunkt bei den vielfältigen Aufgaben, um den Fischen und anderen Wasserorganismen wieder eine naturgemäße ungehinderte Wanderung bachauf- und abwärts zu ermöglichen. An Wasserkraftanlagen, wo der Rückbau der Wehre schwer durchführbar ist, müssten zumindest Fischtreppe gebaut werden. „Voraussetzung für eine solche Renaturierung und das spätere Zulassen der Gewässerdynamik ist natürlich der dafür notwendige rechtzeitige Flächenerwerb, eine wichtige kommunale Aufgabe“, gibt die BUND Kreisgruppe mit Blick auf die örtliche Politik abschließend zu bedenken.